



Hinweise zur Datenverarbeitung für Mandatsträger

Verantwortlichkeiten	Amt Schenefeld Der Amtsdirektor Holstenstraße 42-48 25560 Schenefeld Deutschland Telefon: 04892/8089-0 E-Mail: info@amt-schenefeld.de
Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten	Herr Mahrt Holstenstraße 42-48 25560 Schenefeld Telefon:04892 8089-52 E-Mail: datenschutz@amt-schenefeld.de DE-Mail: info@amt-schenefeld.de-mail.de (verschlüsselte Kontaktaufnahme)
Beschreibung	Wir kommen der Informationspflicht gem. Art. 13,14 DSGVO mit dieser Mitteilung nach, um eine faire und transparente Verarbeitung der personenbezogenen Daten zu gewährleisten. Ihre notwendigen personenbezogenen Daten zur Erfüllung der Verwaltungsaufgaben werden mit den jeweils anwendbaren gesetzlichen Datenschutzanforderungen zu den nachfolgend aufgeführten Zwecken verarbeitet.
Zweck der Datenverarbeitung	<ul style="list-style-type: none">▪ Verwaltung des Ehrenamtes▪ Sitzungsdienst▪ Verwaltung von Sitzungsgeld und Aufwandsentschädigungen▪ Vorbereitung und Durchführung von Ehrungen
Rechtsgrundlage	<ul style="list-style-type: none">▪ Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein▪ Hauptsatzung der jeweiligen Gemeinde▪ Entschädigungssatzung der jeweiligen Gemeinde▪ Geschäftsordnung der jeweiligen Gemeinde▪ Gemeinde- und Kreiswahlgesetz
Quellen der personenbezogenen Daten (Art. 14 DSGVO)	<ul style="list-style-type: none">▪ Erhebung beim Betroffenen▪ Gemeindevwahlausschuss▪ Wahlvorschläge der politischen Parteien und Wählergruppen nach dem Gemeinde- und Kreiswahlgesetz
Kategorien der personenbezogenen Daten (Art. 14 DSGVO)	<ul style="list-style-type: none">▪ Adressdaten▪ Bankverbindungen▪ Geburtsdatum▪ Ehrenamtliche Tätigkeit▪ Telekommunikationsdaten



Informationen gem. Art. 12 Abs.1 der EU-Datenschutz

Grundverordnung (DSGVO) Amt Schenefeld

Stand: 03.03.2022

Berechtigte Interessen	Für die Aufgabenerfüllung des Verantwortlichen besteht ein berechtigtes Interesse (Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO) <ul style="list-style-type: none">▪ für die Durchführung des Sitzungsmanagements▪ zur Auszahlung von Sitzungsgeld und Aufwandsentschädigungen▪ zur Durchführung von Ehrungen▪ zur Kontaktaufnahme für diverse Anliegen
Speicherdauer	Die Löschfrist richtet sich nach den gesetzlichen Vorgaben
Automatisierte Entscheidungsfindung und Profiling	Wir verzichten bei der Erhebung Ihrer personenbezogenen Daten auf eine automatische Entscheidungsfindung oder ein Profiling.
Empfänger der personenbezogenen Daten außerhalb des Unternehmens / der Behörde	<ol style="list-style-type: none">1. Finanzamt - Kontrollmitteilungen über Sitzungsgelder und Aufwandsentschädigungen2. Bezügekasse für die Zahlung von Sitzungsgeldern und Aufwandsentschädigungen3. Öffentliche Archive gemäß der Vorgaben des Landesarchivgesetzes4. Dritte: Informationen zu öffentlichen Sitzungen (über Internet)5. Dritte: Informationen zu Mandatsträgern und Ausschussmitgliedern (über Internet)6. Dritte: Von uns eingesetzte Auftragsverarbeiter (Art. 28 DSGVO) können im Rahmen der beauftragten Zwecke personenbezogene Daten erhalten. Sie sind dann zur strikten Einhaltung des Datenschutzes verpflichtet.
Absicht der Übermittlung an ein Drittland oder internationale Organisation	Wir beabsichtigen nicht, Ihre personenbezogenen Daten an ein Drittland oder an eine internationale Organisation zu übermitteln.
Recht auf Auskunft	Betroffene haben nach Art. 15 DSGVO das Recht, vom Verarbeiter Auskunft über die bei ihm gespeicherten personenbezogenen Daten zu erhalten.
Recht auf Berichtigung	Ferner haben Sie ein Recht auf Berichtigung gemäß Art.16 DSGVO, das heißt, Sie können von uns unverzüglich die Berichtigung Ihrer unrichtigen personenbezogenen Daten verlangen. Unter Berücksichtigung der Zwecke der Verarbeitung haben Sie das Recht, die Vervollständigung unvollständiger personenbezogener Daten auch mittels einer ergänzenden Erklärung zu verlangen.
Recht auf Löschung	Betroffene haben nach Art. 17 DSGVO das Recht, die Löschung ihrer Daten zu verlangen, soweit nicht die Verarbeitung zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, aus Gründen des öffentlichen Interesses oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist.



Informationen gem. Art. 12 Abs.1 der EU-Datenschutz

Grundverordnung (DSGVO) Amt Schenefeld

Stand: 03.03.2022

Recht auf Einschränkung der Verarbeitung	Betroffene können gemäß Art.18 DSGVO die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten verlangen, soweit die Richtigkeit der Daten von Ihnen bestritten wird, die Verarbeitung unrechtmäßig ist, Sie aber deren Löschung ablehnen und wir die Daten nicht mehr benötigen, Sie jedoch diese zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen oder Sie gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt haben.
Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung	Betroffene können gemäß Art. 21 DSGVO der Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit widersprechen es sei denn, der Verantwortliche kann zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.
Recht auf Datenübertragbarkeit	Nach Art. 20 DSGVO besteht bei bestimmten Verarbeitungen ein Anspruch auf Datenübertragbarkeit Ihrer personenbezogenen Daten die Sie uns bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesebaren Format zu erhalten. Dieses betrifft auch Daten, die auf Basis Ihrer ausdrücklichen Einwilligung oder Vertragserfüllung erhoben wurden. <u>Sie können eine Einwilligung jederzeit gemäß Art. 7 Abs. 3 DSGVO widerrufen.</u> Dadurch wird jedoch nicht die Rechtmäßigkeit der Verarbeitung Ihrer Daten bis zu Ihrem Widerruf berührt. Wenn Sie hiervon Gebrauch machen möchten, wenden Sie sich bitte persönlich, per Email oder schriftlich an die verantwortliche Stelle der Datenverarbeitung und/oder an die/den behördliche/n Datenschutzbeauftragte/n der verantwortlichen Stelle.
Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde	Wenn Betroffene der Ansicht sind, dass die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten gegen geltendes Datenschutzrecht verstößt, können sie sich gem. Art. 38 Abs. 3 DSGVO an die/den behördliche/n Datenschutzbeauftragte/n der verantwortlichen Stelle der Datenverarbeitung oder nach Art. 77 Abs. 1 DSGVO an die zuständige Aufsichtsbehörde wenden: Unabhängiges Landeszentrum für Datenschutz Schleswig-Holstein Marit Hansen Postfach 71 16 24171 Kiel Holstenstraße 98 24103 Kiel Telefon: 04 31/988-12 00 Telefax: 04 31/988-12 23 E-Mail: mail@datenschutzzentrum.de Homepage: http://www.datenschutzzentrum.de